

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 30 – Jede Kilowattstunde zählt

Dazu sagt die energiepolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Ulrike Täck:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 163.22 / 31.08.2022

Ein AKW ist kein Auto, bei dem man mal eben nachtankt

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,
liebe Gäste auf der Tribüne,

wenn von einer längeren Nutzung der Atomkraftwerke gesprochen wird, müssen wir uns erst mal klar werden, was gemeint ist.

Liebe FDP, traut ihr euch nicht, offen auszusprechen, was ihr wirklich wollt? Ihr sprecht von einer „längeren Nutzung“. Was soll das sein? Streckbetrieb oder Weiterbetrieb? Es ist zu befürchten, dass die FDP den Weiterbetrieb meint, denn aus ihren Kreisen hört man Zahlen wie 2024.

Dies bedeutet aber die AKW brauchen neue Brennstäbe, welche 80 Millionen Euro pro Reaktorladung kosten. Auch brauchen sie eine langwierige Sicherheitsüberprüfung. Der gesamte Prozess dauert bei einem Atomkraftwerk bis zu einem Jahr. Wobei soll das helfen?

Die oberflächlich gesehen infrage kommenden Kraftwerke Isar2, Neckarwestheim2 und Emsland erfüllen zudem nicht die neusten EPR-Standards, die bei einer Kernschmelze das Schlimmste verhindern sollen. Sie können auch nicht nachgerüstet werden.

Brokdorf ist technisch ganz weit weg davon, kurzfristig wieder in Betrieb genommen werden zu können. Die im Abklingbecken liegenden Brennstäbe sind größtenteils wegen Rissen defekt, sie können also nicht mehr weiterverwendet werden. Deshalb wären bei

Brokdorf neue Brennstäbe fällig und damit verbunden eine Prozedur wie bei einer Neuinbetriebnahme, mit allen Konsequenzen, die ich schon nannte. Daneben erfüllt auch Brokdorf die EPR-Standards nicht und kann nicht nachgerüstet werden.

Sehr geehrte Abgeordnete der FDP, ein AKW ist kein Auto, bei dem man mal eben nachtankt und zum TÜV geht. Deswegen ist es gut, dass es andere Möglichkeiten gibt, wie wir in unserem Alternativantrag aufzeigen: die Vorübergehende Nutzung der Kohlekraft, die Aktivierung der Biogaspotenziale und die Nutzung von erneuerbaren Strom.

Der Antrag der FDP-Fraktion ist undifferenziert und zeigt, dass hier der Gedanke vorherrscht „AKW first – Sicherheit second“.
